



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Kreisentwicklung/ Wirtschaft/ Klimaschutz	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Nette, Dorte Datum: 27.12.2021	Bericht	2021/535
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Verpflichtung der beratenden Mitglieder gemäß § 60 NKomVG und Pflichtenbelehrung gemäß § 43 NKomVG

Produkt/e:

02 Kreisentwicklung / Wirtschaftsförderung/ Klimaschutz

Beratungsfolge

Status Datum Gremium

Ö 18.01.2022 Ausschuss für Wirtschaft und Touristik

Anlage/n:

§§ 40- 43 NKomVG

Beschlussvorschlag:

Berichtsvorlage- keine Beschlussfassung

Sachlage:

Gemäß § 60 NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz) werden die Mitglieder des Ausschusses von der /dem Ausschussvorsitzenden verpflichtet, ihre Aufgaben im Rahmen der Gesetze nach ihren freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl geleisteten Überzeugungen auszuüben.

Wer zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellt wird, ist darüber hinaus gemäß § 43 NKomVG auf die ihm nach §§ 40- 42 NKomVG obliegenden Pflichten hinzuweisen. Diese Vorschriften sind der Vorlage im Wortlaut als Anlage beigefügt.

VORIS

Einzelnorm

Amtliche Abkürzung: NKomVG
Fassung vom: 17.12.2010
Gültig ab: 01.11.2011
Dokumenttyp: * Gesetz

Quelle: Wappen Niedersachsen
Gliederungs-Nr.: 20300

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
(NKomVG)
Vom 17. Dezember 2010[^] *)

§ 40 Amtsverschwiegenheit

(1) ^{^1} Ehrenamtlich Tätige haben über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz oder dienstliche Anordnung vorgeschrieben oder der Natur der Sache nach erforderlich ist, Verschwiegenheit zu wahren; dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit. ^{^2} Von dieser Verpflichtung werden ehrenamtlich Tätige auch nicht durch persönliche Bindungen befreit. ^{^3} Sie dürfen die Kenntnis von Angelegenheiten, über die sie verschwiegen zu sein haben, nicht unbefugt verwerthen. ^{^4} Sie dürfen ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. ^{^5} Die Genehmigung wird für ihre Mitglieder von der Vertretung erteilt. ^{^6} Bei den übrigen ehrenamtlich Tätigen erteilt der Hauptausschuss die Genehmigung; er kann diese Zuständigkeit auf die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten übertragen.

(2) Wer die Pflichten nach Absatz 1 vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, handelt ordnungswidrig, wenn die Tat nicht nach § 203 Abs. 2 oder nach § 353 b des Strafgesetzbuchs (StGB) bestraft werden kann; § 39

Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend.

Fußnoten

^*

Verkündet als Artikel 1 des Gesetz zur Zusammenfassung und
Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom
17. Dezember 2010

© juris GmbH

VORIS

Einzelnorm

Amtliche Abkürzung: NKomVG
Fassung vom: 26.10.2016
Gültig ab: 01.11.2016
Dokumenttyp: Gesetz

Quelle: Wappen Niedersachsen
Gliederungs-Nr.: 20300

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
(NKomVG)
Vom 17. Dezember 2010[^] *)

§ 41 Mitwirkungsverbot

(1) ^{^1} Ehrenamtlich Tätige dürfen in Angelegenheiten der Kommunen nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil für folgende Personen bringen kann:

1.

sie selbst,

2.

ihre Ehegattin, ihren Ehegatten, ihre Lebenspartnerin oder ihren Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes,

3.

ihre Verwandten bis zum dritten oder ihre Verschwägerten bis zum zweiten Grad während des Bestehens der Ehe oder der

Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder

4.

eine von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretene Person.

² Als unmittelbar gilt nur derjenige Vorteil oder Nachteil, der sich aus der Entscheidung selbst ergibt, ohne dass, abgesehen von der Ausführung von Beschlüssen nach § 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, weitere Ereignisse eintreten oder Maßnahmen getroffen werden müssen. ³ Satz 1 gilt nicht, wenn die ehrenamtlich Tätigen an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehörige einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt sind, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

(2) Das Verbot des Absatzes 1 Sätze 1 und 2 gilt auch für ehrenamtlich Tätige, die gegen Entgelt bei einer natürlichen oder juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts oder einer Vereinigung beschäftigt sind, wenn die Entscheidung diesen Dritten einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(3) Das Verbot des Absatzes 1 Sätze 1 und 2 gilt nicht für

1.

die Beratung und Entscheidung über Rechtsnormen,

2.

Beschlüsse, welche die Besetzung unbesoldeter Stellen oder die Abberufung aus ihnen betreffen,

3.

Wahlen,

4.

ehrenamtlich Tätige, die dem Vertretungsorgan einer juristischen Person als Vertreterin oder Vertreter der Kommune angehören.

(4) ¹ Wer annehmen muss, nach den Vorschriften der Absätze 1 und 2 an der Beratung und Entscheidung gehindert zu sein, hat dies vorher mitzuteilen. ² Ob ein Mitwirkungsverbot besteht, entscheidet die Stelle, in der oder für welche die ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt wird. ³ Wird über eine Rechtsnorm beraten oder entschieden (Absatz 3 Nr. 1), so hat die ehrenamtlich tätige Person vorher mitzuteilen, wenn sie oder eine der in Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 genannten Personen

ein besonderes persönliches oder wirtschaftliches Interesse am Erlass oder Nichterlass der Rechtsnorm hat.

(5) ¹ Wer nach den Vorschriften der Absätze 1 und 2 gehindert ist, an der Beratung und Entscheidung einer Angelegenheit mitzuwirken, hat den Beratungsraum zu verlassen. ² Bei einer öffentlichen Sitzung ist diese Person berechtigt, sich in dem für Zuhörerinnen und Zuhörer bestimmten Teil des Beratungsraumes aufzuhalten.

(6) ¹ Ein Beschluss, der unter Verletzung der Vorschriften der Absätze 1 und 2 gefasst worden ist, ist unwirksam, wenn die Mitwirkung für das Abstimmungsergebnis entscheidend war. ² § 10 Abs. 2 Satz 1 gilt jedoch entsprechend. ³ Wenn eine öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nicht erforderlich ist, beginnt die Frist nach § 10 Abs. 2 Satz 1 mit dem Tag der Beschlussfassung.

Fußnoten

¹*

Verkündet als Artikel 1 des Gesetz zur Zusammenfassung und Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom 17. Dezember 2010

© juris GmbH

VORIS

Einzelnorm

Amtliche Abkürzung: NKomVG
Fassung vom: 26.10.2016
Gültig ab: 01.11.2016
Dokumenttyp: Gesetz

Quelle: Wappen Niedersachsen
Gliederungs-Nr.: 20300

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
(NKomVG)
Vom 17. Dezember 2010[^] *)

§ 42 Vertretungsverbot

(1) ^{^1} Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte dürfen Dritte nicht vertreten, wenn diese ihre Ansprüche und Interessen gegenüber der Kommune geltend machen; hiervon ausgenommen sind Fälle der gesetzlichen Vertretung. ^{^2} Für andere ehrenamtlich Tätige gilt das Vertretungsverbot des Satzes 1, wenn die Vertretung mit den Aufgaben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen würde.

(2) Feststellungen über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 trifft die Vertretung.

Fußnoten

[^]*

Verkündet als Artikel 1 des Gesetz zur Zusammenfassung und Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom

17. Dezember 2010

© juris GmbH

VORIS

Einzelnorm

Amtliche Abkürzung: NKomVG

Fassung vom: 17.12.2010

Gültig ab: 01.11.2011

Dokumenttyp: Gesetz

Quelle: Wappen Niedersachsen

Gliederungs-Nr.: 20300

Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

(NKomVG)

Vom 17. Dezember 2010[^] *)

§ 43

Pflichtenbelehrung

[^]1 Ehrenamtlich Tätige sind durch die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf ihre Pflichten nach den §§ 40 bis 42 hinzuweisen. [^]2 Der Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Fußnoten

[^]*

Verkündet als Artikel 1 des Gesetz zur Zusammenfassung und Modernisierung des niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts vom 17. Dezember 2010

© juris GmbH

